



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

07. September 2018

Wochenbericht KW 36

forsa | Emnid | infratest dimap

Wähleranteile:	Union bei 30 % bzw. 29 %, SPD bei 18 % bzw. 17 %
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen
Allgemeine Lebenslage:	Mehrheit sieht Entwicklung im Land negativ, gleichwohl hohe Zufriedenheit mit der Lebensqualität in Deutschland
Themen Bundesregierung:	Rentenpolitik, Flüchtlingspolitik
Wichtigstes Thema:	Ausschreitungen, Demonstrationen in Chemnitz

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Emnid¹ für BamS	infratest dimap² für ARD
CDU/CSU	30 (-)	29 (-1)	29 (-)
SPD	17 (-1)	17 (-2)	18 (-)
FDP	8 (-)	9 (-)	8 (+1)
DIE LINKE	8 (-2)	10 (+1)	10 (+1)
B'90/Grüne	16 (+1)	14 (-)	14 (-1)
AfD	16 (+2)	15 (-)	16 (-1)
Sonstige	5 (-)	6 (+2)	5 (-)
Erhebungszeitraum	27.-31.08.	30.08.-05.09.	03.-05.09.

Die Union liegt bei forsa 13 (+1), bei Emnid 12 (+1) und bei infratest dimap 11 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

Die Grünen liegen bei forsa bei 16 %. Dies ist der höchste von diesem Institut gemessene Wert seit März 2013.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
Merkel	47 (-)
Nahles	13 (-)
Merkel	42 (-)
Scholz	20 (-3)
Erhebungszeitraum	27.-31.08.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 34 (-) Prozentpunkte vor Andrea Nahles und 22 (+3) Prozentpunkte vor Olaf Scholz.

86 % (+1) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 3 % (-) Nahles. Von den CSU-Anhängern würden sich 69 % (-2) für Merkel und 6 % (+2) für Nahles entscheiden. 34 % (+3) der SPD-Anhänger präferieren Nahles und 38 % (+3) Merkel.

Bei der Alternative zwischen Merkel und Scholz sprechen sich 80 % (-) der CDU-Anhänger für Merkel und 9 % (-) für Scholz aus; von den CSU-Anhängern würden sich 70 % (+1) für Merkel und 7 % (-3) für Scholz entscheiden. 48 % (-3) der SPD-Anhänger präferieren Scholz und 30 % (+4) Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (09.09.2018)

² im Vergleich zum letzten ARD-DeutschlandTREND / KW 31

Problemlösungskompetenz

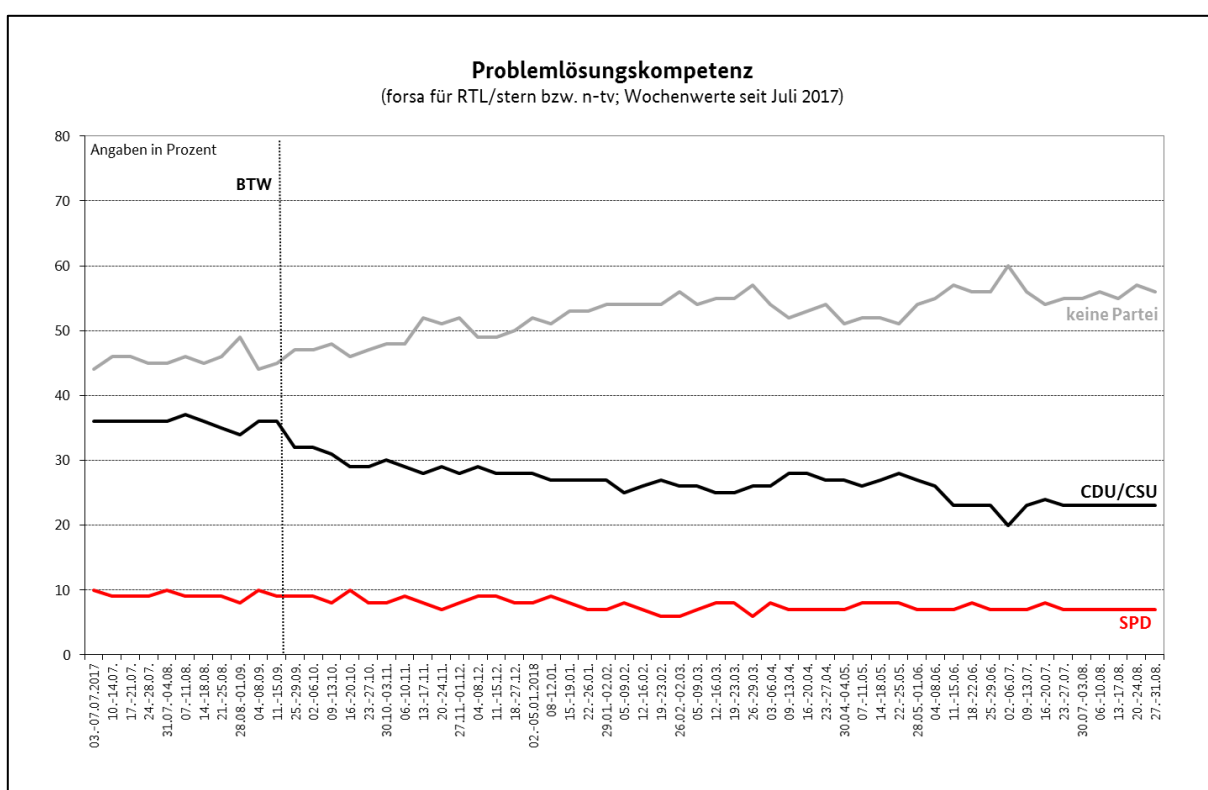
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	23	(-)
SPD	7	(-)
sonstige Parteien	14	(+1)
keine Partei	56	(-1)
Erhebungszeitraum	27.-31.08.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 16 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

56 % (-1) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

60 % (-1) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 34 % (-1) von ihrer Partei.



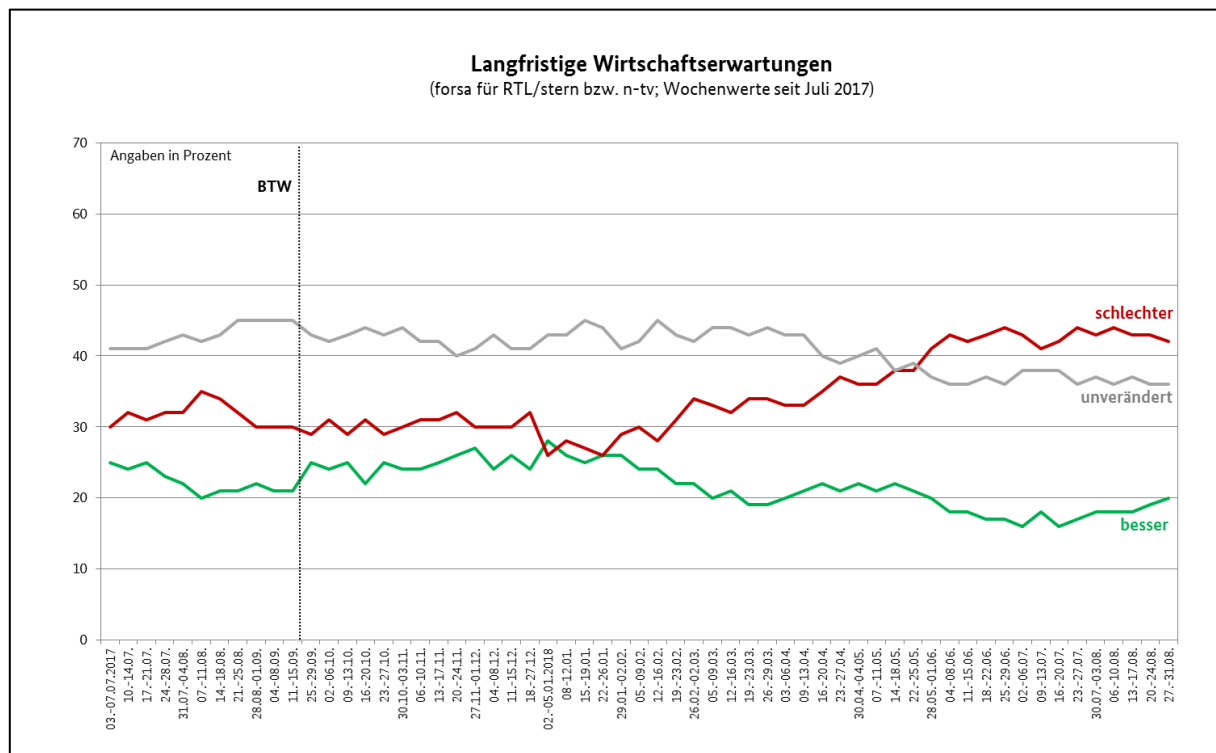
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	20	(+1)
schlechter	42	(-1)
unverändert	36	(-)
Erhebungszeitraum	27.-31.08.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche so gut wie nicht verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 22 (-2) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 33

Die Dinge entwickeln sich ...	forsa für BPA
eher in die richtige Richtung	36 (+3)
eher in die falsche Richtung	54 (-4)
Erhebungszeitraum	27.-31.08.

Unter 30-Jährige (46 %) und Personen mit hoher formaler Bildung (44 %) sowie Anhänger der Union (54 %), der SPD (49 %), der Grünen (46 %) und der FDP (43 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Entwicklung im Land eher in die richtige Richtung geht.

Für Personen mit mittlerer formaler Bildung (64 %), Ostdeutsche (62 %), 30- bis 59-Jährige und Mittelverdiener (jew. 59 %) sowie für Anhänger der AfD (89 %) und der Linkspartei (65 %) geht die Entwicklung überdurchschnittlich oft eher in die falsche Richtung.

Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 33

Wie zufrieden sind Sie ...?	(sehr) zufrieden	weniger bzw. gar nicht zufrieden
mit der Lebensqualität in Deutschland	85 (-)	15 (+1)
mit der Lage am Arbeitsmarkt	69 (-)	26 (+1)
mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität	49 (-1)	50 (+2)
mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte	47 (+7)	46 (-6)
mit dem Schul- und Bildungssystem in Deutschland	34 (-2)	63 (+3)
mit dem Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	31 (+2)	67 (-3)
mit der Integration von Zuwanderern und Ausländern	27 (+3)	70 (-3)
mit der Sicherung der Altersversorgung in Deutschland	27 (+5)	71 (-4)
mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	26 (+1)	69 (-1)
Erhebungszeitraum	27.-31.08.	

Jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger in Deutschland zeigt sich mit der Lebensqualität (85 %) und der Lage am Arbeitsmarkt (69 %) (sehr) zufrieden. In sechs von neun Bereichen ist mindestens die Hälfte der Bevölkerung hingegen weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Anhänger der Grünen (72 %), der SPD (55 %) und der Union (54 %) sind überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Unter 30-Jährige sind häufiger (sehr) zufrieden als über 45-Jährige (66 % zu 42 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (60 % zu 36 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (54 % zu 36 %). Ostdeutsche (62 %) und Anhänger der AfD (85 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Ostdeutsche (75 %) sowie Anhänger der Linkspartei (86 %), der FDP (73 %) und der AfD (72 %) sind besonders oft unzufrieden mit dem Schul- und Bildungssystem, über 45-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (69 % zu 44 %) und Gut- bzw. Mittelverdiener häufiger als Geringverdiener (68 % zu 56 %).

Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

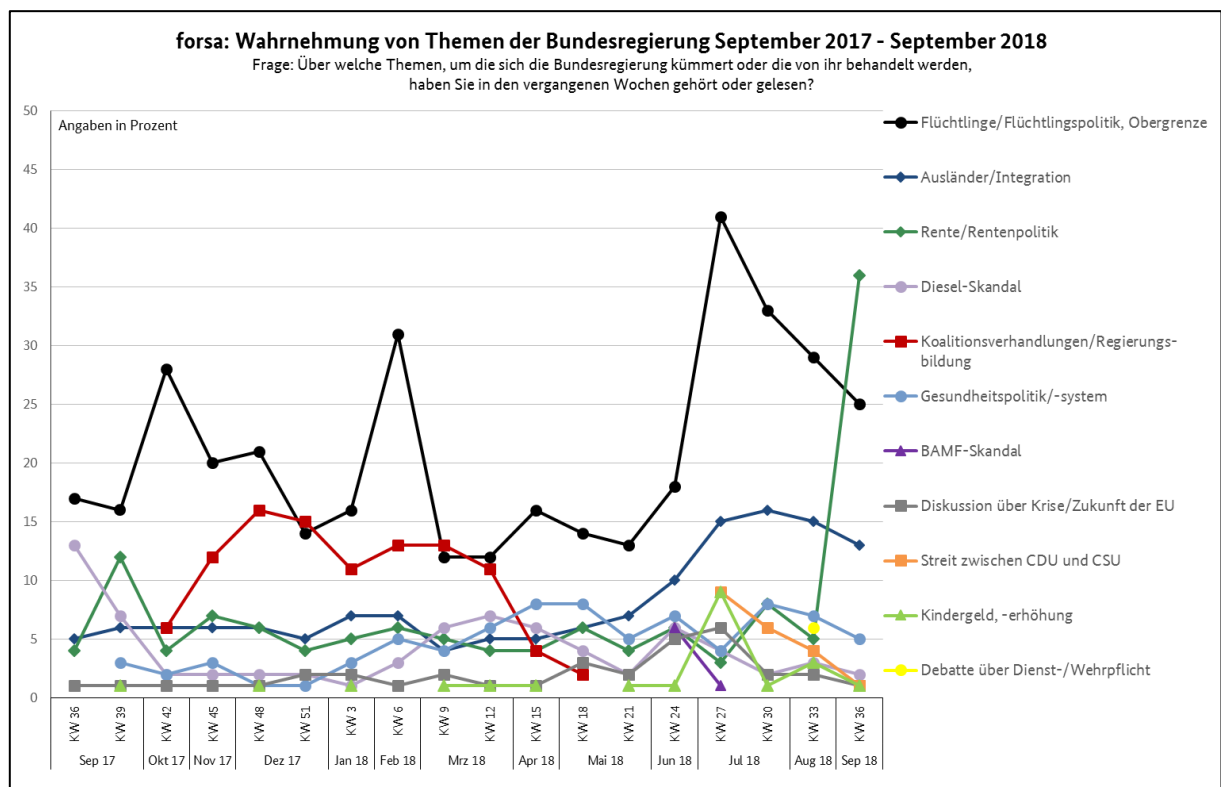
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 33

	forsa für BPA
Rente/Rentenpolitik	36 (+31)
Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik, Obergrenze	25 (-4)
Ausländer/Integration	13 (-2)
Gesundheitspolitik/-system	5 (-2)
Erhebungszeitraum	27.-31.08.

Die Renten- und die Flüchtlingspolitik sind die Themen, die die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben.

Die Rentenpolitik wird überdurchschnittlich häufig von Ostdeutschen (41 %) sowie von Anhängern der FDP (50 %), der AfD (46 %), der Grünen, der Linkspartei (jew. 44 %) und der SPD (42 %) genannt. Über 45-Jährige nennen das Thema häufiger als unter 30-Jährige (46 % zu 15 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (47 % zu 21 %).

Das Thema "Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik, Obergrenze" wird überdurchschnittlich häufig von Anhängern der FDP (36 %), der AfD (31 %) und der SPD (30 %) genannt. Personen mit hoher formaler Bildung nennen das Thema häufiger als Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (30 % zu 20 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (32 % zu 18 %). Ostdeutsche (17 %) und Anhänger der Linkspartei (18 %) nennen die Flüchtlingspolitik unterdurchschnittlich oft.



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Ausschreitungen, Demonstrationen in Chemnitz	45 (+26)
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/Abschiebungen	22 (-9)
Rentenpolitik/Altersvorsorge	7 (-12)
US-Präsidentschaft Donald Trump	5 (-3)
Rechtsextremismus, -terrorismus, Ausländerfeindlichkeit	5 (+4)
Erhebungszeitraum	04.-05.09.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit den Ausschreitungen bzw. den Demonstrationen in Chemnitz. Überdurchschnittlich häufig sehen Ostdeutsche (54 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Personen mit hoher formaler Bildung nennen es häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (58 % zu 38 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (52 % zu 39 %).

Anhänger der FDP (34 %) und der AfD (28 %) erwähnen das Thema "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik/Abschiebungen" besonders oft. Über 65-Jährige nennen es häufiger als unter 35-Jährige (28 % zu 17 %). Personen mit hoher formaler Bildung (16 %) und Anhänger der SPD (11 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

